Typisch links

ZEITUNG FÜR DENKENDE

Dessau-Roßlau
Jan./Feb. 2024
34. Jahrgang

In dieser Ausgabe:

Nie wieder ist genau jetzt
Seite 1

Mitgliederbrief
Seite 2

Stellungnahme des Stadtvorstand; Zeit für Widerstand
Seite 3

Kommune als sicherer Ort
Seite 4

Haushaltsplanberatungen und Arbeitsplan der Fraktion 2024
Seite 6-7

Etkar André
Seite 8

Gedenken an Rosa und Karl
Seite 9

Strahlende Kinderaugen
Seite 10

Termine und Buchvorstellung
Seite 11-12

GELEBTE DEMOKRATIE
Dessau-Roßlau

Aufruf zur Demonstration in Dessau-Roßlau

Wir gehen mit einem großen zivilgesellschaftlichen Bündnis für Toleranz und Vielfalt auf die Straße und stehen zusammen gegen Rechts!

Die Recherchen von „Correctiv“ haben gezeigt, dass wichtige Mitglieder und Funktionäre der AfD offen für rechtsextremistische und verfassungswidrige Ideen und Pläne sind.

Wir erleben „Wannsee 2.0“ unter dem Deckmantel der Remigration.

Nie wieder ist genau jetzt! Machen Sie mit!!!

Gemeinsam mit vielen Menschen aus Gruppen, Verbänden und Organisationen machen wir klar: In unserer Gesellschaft ist kein Platz für Hass und Menschenverachtung. Gemeinsam zeigen wir: Unsere Demokratie ist wehrhaft! Wir stehen für den Schutz der Demokratie und eine offene Gesellschaft ein.

Mittwoch, 24.01.2024
17:00 Uhr
Friedensglocke
(Platz der Deutschen Einheit)

Mitgliederbrief

Wir stellen uns dem unsozialen Zynismus der Ampel-Regierung wie der rechten Hetze entgegen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wünschen euch allen ein guztes 2024 und hoffen, ihr hattet über die Feiertage etwas Zeit, zur Ruhe zu kommen und seid gut ins Jahr gestartet!
Das neue Jahr beginnt so turbulent, wie das alte geendet hat. Die Lokführer*innen streiken für höhere Löhne und Arbeitszeitverkürzung, die Landwirte protestieren gegen steigende Agrar-Dieselpreise und eine verfehlte Landwirtschaftspolitik. Währenddessen will die Ampel-Regierung künftig Bürgergeldbezieher*innen für Monate jede Unterstützung streichen. International spitzt sich die Konfrontation zu. Die Politik der Regierung ist insgesamt fatal: Die Krisen verschärfen sich und die Bundesregierung verweigert eine gerechte Besteuerung von Reichen und Konzernen genauso wie die nötigen Investitionen. Aber für Aufrüstung ist Geld da. Zugleich kürzt die Ampel ausgerechnet am sozialen Zusammenhalt – das macht den Rechten die Räume immer weiter auf. Wie weit die rechte Radikalisierung inzwischen geht, haben zuletzt die Berichte über die Pläne von AfD-Vertretern, offen faschistischen Organisationen und Unternehmern für die rassistisch motivierte Vertreibung von Millionen Menschen in diesem Land dokumentiert.

Es gibt viel zu tun für unsere LINKE. Wir stellen uns dem unsozialen Zynismus der Ampel-Regierung wie der rechten Hetze entgegen. Wir machen uns gemeinsam mit Gewerkschaften und Zivilgesellschaft konsequent für soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Frieden stark.
Für uns wird dieses Jahr entscheidend. Denn 2024 entscheidet sich, wer in Europa in Zukunft bestimmt und welchen Weg die Europäische Union und dieses Land angesichts der zahlreichen Krisen einschlägt. Den Auftakt macht die Wiederholungswahl in Berlin. Im EU-Parlament gilt es dann einen Pakt von Konservativen und extremen Rechten zu verhindern. 2024 entscheidet sich auch, ob es uns in Thüringen, Brandenburg und Sachsen gelingt, gegen den Zynismus der Ampel-Koalition wie gegen die eskalierende Hetze von rechts eine soziale Perspektive zu stärken. Wir wollen gemeinsam dafür kämpfen, dass Bodo Ramelow Ministerpräsident in Thüringen bleibt und wir erfolgreich bei der Wiederholungswahl in Berlin sowie den Landtags- und Kommunalwahlen abschneiden.
Umso bedauerlicher ist die Nachricht über den Rücktritt des Bundesgeschäftsführers Tobias Bank. Wir nehmen seine Entscheidung mit Respekt zur Kenntnis und danken ihm für die geleistete Arbeit. Auf der Grundlage unseres erfolgreichen Parteitages in Augsburg und unser demokratisch gefassten Beschlüsse wollen wir die Linke gemeinsam wieder stark machen.

Angesichts der aktuellen Herausforderungen organisieren wir einen schnellen und reibungslosen Übergang, um nun gemeinsam und erfolgreich Kurs auf die Europawahl, die drei Landtagswahlen im Osten und die neun Kommunalwahlen dieses Jahr zu nehmen. Wir haben dem Parteivorstand vorgeschlagen, die beiden stellvertretenden Parteivorsitzenden Katina Schubert und Ates Gürpinar als kommissarische Bundesgeschäftsführung und Wahlkampfleitung einzusetzen, der Parteivorstand ist diesem Vorschlag gefolgt.

Wir sind dankbar und freuen uns, dass Katina Schubert und Ates Gürpinar bereit sind, die Bundesgeschäftsführung in dieser wichtigen Situation kommissarisch zu übernehmen. Beide waren bereits Landesgeschäftsführer und Landesvorsitzende, Katina Schubert in Berlin, Ates Gürpinar in Bayern. Beide kennen die Partei gut, haben viel organisationspolitische Erfahrung und bereits erfolgreiche Wahlkämpfe organisiert und geleitet. Sie haben das Vertrauen der Delegierten und wurden mit überzeugenden Ergebnissen vom Parteitag gewählt.

Zum Jahresauftakt der LINKEN an diesem Wochenende haben wir die aktuellen Herausforderungen und unsere Antworten aufgeschrieben. Wir stehen an einem gesellschaftlichen Kipppunkt. Was es jetzt braucht, ist soziale Sicherheit, öffentliche Investitionen und Verlässlichkeit im Wandel. Die Ampel ist ein politischer Ausfall, es ist höchste Zeit für eine neue Politik der Umverteilung. Eine Politik, die Gerechtigkeit für alle stark macht. Wir beide haben dazu ein Positionspapier vorgelegt. Auf eure Rückmeldung dazu freuen wir uns.

Ausgesprochen motivierend für uns war unser Jahresauftakt-Kongress mit rund 300 Teilnehmenden am Samstag in Berlin. Viele Panels wurden aufgezeichnet. Besonders ans Herz legen möchten wir euch die Aufzeichnungen der Auftakt-Veranstaltung mit tollen Beiträgen aus der Partei und der Gesellschaft, die Beiträge unserer Spitzenkandidierenden zur Europawahl, Martin Schirdewan und Carola Rackete sowie Özlem Alev Demirel und Gerhard Trabert und den Eröffnungsvortrag am Freitag von Prof. Marcel Fratzscher (Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung).

Gemeinsam mit euch wollen wir alles daransetzen, dass 2024 für unsere Partei ein Erfolgsjahr wird.

Solidarische und herzliche Grüße,

Janine Wissler und Martin Schirdewan

Stellungnahme des Stadtvorstand Die Linke Dessau-Roßlau zum Rücktritt von Tobias Bank

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit großem Bedauern haben wir, der Stadtvorstand der Partei Die Linke in Dessau-Roßlau und unsere Fraktion im Stadtrat, vom Rücktritt unseres Bundesgeschäftsführers Tobias Bank erfahren. Mit Tobias hatten wir einen Menschen in der Parteiführung, der für die Basis immer ein offenes Ohr und Verständnis hatte und auch für unseren Stadtverband Dessau-Roßlau die Zeit fand, sich zur Lage in unserer Partei auszutauschen und in der Art seiner Nähe zur Mitgliedschaft eine beispielhafte Arbeit geleistet und sich Anerkennung erworben hat.
Seine Erklärung finden wir nicht nur plausibel, sie ist auch ein Alarmzeichen, dass unser Bundesvorstand nach dem Weggang namhafter Genossinnen und Genossen, nicht die Zeichen der Zeit erkannt hat. Nicht nur, dass es offensichtlich nicht gelungen ist im Bundesvorstand eine innerparteiliche Solidarität zu entwickeln und zu einer Geschlossenheit zu finden, nein unsere Außenwirkung ist nach wie vor wenig überzeugend.
Wer dachte, dass nach dem Weggang von Sahra Wagenknecht und weiteren Mitgliedern der Partei die Weichen auf die Profilierung unserer Markenkerne gelingt, muss nun wieder fürchten, dass sich die Erosion der Partei fortsetzt.
Wir erwarten, dass der Kurs der Partei auf den Prüfstand gestellt wird und dass wir zu unserem Profil einer Partei des demokratischen Sozialismus zurückfinden.
Wir gehen davon aus, dass es ein „weiter so“ nicht geben kann.

Wir beantragen, dass der Bundesvorstand zeitnah einen Sonderparteitag einberuft und mit Neuwahlen auch selbst die Verantwortung für die gegenwärtige Situation übernimmt.

Mit solidarischen Grüßen

Frank Hoffmann
Vorsitzender des Stadtverbandes

Ralf Schönemann
Vorsitzender der Stadratsfraktion

Zeit für Widerstand: Nein zu Sozialkürzungen und Hetze!

Die Regierung schafft es nicht, einen Haushalt aufzustellen, der wirksame Schritte gegen Wohnungsnot Bildungskrise, Pflegenotstand und für einen funktionierenden und bezahlbaren ÖPNV enthält. Nachdem das Bundesverfassungsgericht einen Teil des Bundeshaushalts für nicht rechtmäßig erklärt hat, schießen die Freunde des Kapitals aus FDP und CDU/CSU aus allen Rohren: Hetze gegen Sozialleistungen, erst gegen Geflüchtete, dann gegen alle, die Bürgergeld beziehen. In Zeiten von Arbeitskräftemangel in ziemlich allen Branchen, in denen normalerweise die Löhne steigen würden, versuchen sie vorsorglich, zwischen Erwerblosen, Aufstocker:innen und Niedriglöhner:innen auf der einen Seite und auf der anderen Seite jenen zu spalten, die sich als Normalbeschäftigte verstehen, aber auch unter den Lasten des Alltags ächzen.

Die Bürgergeld-Kürzungen, die die CDU in die Diskussion bringt, sind vom Bundesverfassungsgericht bereits als nicht verfassungsgemäß eingestuft worden.

Fakten und Forderungen:

• Die Kürzungen des Bürgergeldes würden allerhöchstens 60 Millionen Euro bringen. Die aktuelle Lücke im Haushalt beläuft sich aber auf 60 Milliarden Euro. Und die fehlenden Mittel für Bildung, Erziehung, ÖPNV, bezahlbaren Wohnraum gäbe es immer noch nicht.
• Klimafeindliche Subventionen müssen in größerem Umfang abgebaut werden. Wenn die Steuervorteile für Flug-Kerosin, Langstreckenflüge, Dienstwagen und Diesel gestrichen würden, könnten ca. 22 Milliarden Euro eingespart werden. Das ist mehr als das 336-fache der Einsparungen, die durch Kürzungen des Bürgergeldes möglich wären. Und es wäre gut fürs Klima.

Mehr sozial gerechte Einnahmen

• Wenn die 10 reichsten Deutschen eine Steuer von 10 Prozent auf ihr Vermögen oberhalb von einer Milliarde Euro zahlen müssten, könnten pro Jahr 21,37 Milliarden Euro eingenommen werden. Der Landeshaushalt Sachsen ist mit 24,9 Milliarden nur wenig höher. Wenn alle Milliardär:innen so besteuert würden, kämen bei einem angenommenen Durchschnittsvermögen von 2,5 Milliarden Euro insgesamt 67,8 Milliarden Euro zusammen.
• Zur Bewältigung der Krisenlasten fordern wir eine einmalige Vermögensabgabe. Sie wird einmalig erhoben, kann aber über 20 Jahre abgezahlt werden. Sie würde über 300 Milliarden Euro einbringen. Der Abgabensatz steigert sich je nach Vermögen von 10 auf 30 Prozent. Das wären bescheidene 1,5 Prozent pro Jahr.
• Die Schuldenbremse muss zurückgenommen werden. Kurzfristig muss für 2024 die Notfallklausel der Schuldenbremse in Kraft gesetzt werden, um die besonderen Belastungen aus Ukraine-Krieg, Inflation und den staatlichen Ausgleichmaßnahmen bei den Energiepreisen zu stemmen.
• Während bei den hohen Preisen für Energie und Lebensmittel viele Menschen nicht mehr wissen, wie sie über den Monat kommen, fahren die Konzerne Extraprofite ein: EON hat bis September 2023 seine Gewinne um 27 Prozent auf 7,8 Milliarden Euro erhöht, RWE hat die Gewinne auf 3,4 Milliarden Euro verdoppelt. Wir fordern eine Steuer in Höhe von 90 Prozent auf die Übergewinne der Krisenprofiteure. Spanien und Griechenland haben es vorgemacht: Übergewinne können erfolgreich abgeschöpft werden. Die Übergewinnsteuer muss auf andere Bereiche ausgeweitet werden, die von Krieg und Krisen profitieren.

Kommune als sicherer Ort – Schutzschirm gegen die Krise

Presseerklärung im Rahmen der gemeinsamen Klausur des Landesvorstandes, der Landtagsfraktion, den Vorsitzenden der Stadt- und Kreisverbände der Partei Die Linke in Sachsen-Anhalt und der Europakandidatin Ines Schwerdtner am 20./21. Januar 2024

Entscheidungen in den Kommunen wirken sich oft direkt und unmittelbar auf das Leben der Menschen vor Ort aus. Ist das Schwimmbad für Sport und Gesundheit vorhanden oder wird es geschlossen? Ist die Schule saniert, oder bröckelt der Putz und das Lernen macht keinen Spaß? Helfen Schulsozialarbeiter:innen oder müssen die Stellen gestrichen werden? Bekomme ich einen

Termin zum Ummelden des Autos oder warte ich lange auf die Verwaltung? All das und vieles mehr entscheidet sich in den Kommunen.
Schon vor der Coronakrise wurden die Entscheidungsspielräume immer enger. Die Ideologie des schlanken Staats, das Überhelfen von Aufgaben – ohne gleichzeitige Finanzierung und die schlechte finanzielle Ausstattung durch Bund und Land machen fast allen Kommunen zu schaffen. Kommunalpolitische Spielräume werden dadurch enger, der Frust wächst und das Erleben von Demokratie vor Ort erfährt herbe Enttäuschungen. Nicht zuletzt das Urteil des Oberverwaltungsgerichts zur Kreisumlage in Mansfeld-Südharz hat diese dramatische Situation höchstrichterlich feststellen lassen.

Lebenswerte Kommunen brauchen finanzielle Spielräume

„Die Linke sagt ganz klar, wenn Demokratie vor Ort eine Wertschätzung erfahren soll und das Leben vor Ort für die Menschen spürbar besser werden soll, dann brauchen wir finanziell gut ausgestattete Kommunen. Hierfür müssen Bund und Land Sorge tragen. Wir fordern die Ablösung der Altschulden, die Olaf Scholz noch als Finanzminister in Aussicht gestellt hat. Wir fordern die Finanzierung der Aufgaben, die gesetzlich durch die Kreise zu erledigen sind durch die politische Ebene, die diese Gesetze erlassen hat. Die Linke wird dazu in der nächsten Landtagssitzung aktiv werden, denn es ist dringender denn je, die finanzielle Basis zu stärken, damit die Kommunen in der Lage sind, die Bedürfnisse ihrer Einwohnerinnen und Einwohner adäquat unter Berücksichtigung alter und neuer Herausforderungen zu bedienen.“, so die Fraktionsvorsitzende **Eva von Angern**.

Landesvorsitzender **Hendrik Lange** betont: *„Es sind die sogenannten freiwilligen Aufgaben, die das Leben vor Ort lebenswert machen. Die Unterstützung der Sportvereine, die Jugendfreizeiteinrichtung, das Theater auch im ländlichen Raum bis hin zu der Frage, wie viel ÖPNV kann vor Ort für Mobilität auch ohne Führerschein sorgen. Freiwillige Aufgaben sind kein nice to have. Darum brauchen die Kommunen dafür die notwendigen finanziellen Möglichkeiten.“*

Sicherheit in Zeiten der Umbrüche und Krisen

Janina Böttger, Landesvorsitzende der Partei Die Linke in Sachsen-Anhalt: *„Ein gutes Leben vor Ort das gibt auch Sicherheit in Zeiten der Umbrüche und Krisen. Die Linke steht zu einer Politik, die den Menschen versichert, dass sie mit den Veränderungen in der Gesellschaft nicht allein gelassen werden. Solidarität ist unser Mittel, um den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken und der Spaltung der Gesellschaft und dem Treten nach unten Zuversicht und Sicherheit entgegenzusetzen. Den Parolen von rechts außen, Hass und Hetze begegnen wir mit Konzepten und Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen, die klar auf soziale Gerechtigkeit, auf ein friedliches und tolerantes Miteinander setzen.“*

Perspektiven für Ostdeutschland – öffentliche Investitionen für eine sozial und ökologisch gerechte Wirtschaft

Auch Entscheidungen, die in Europa getroffen werden, wirken sich vor Ort aus. Seien es Fördermittel für die Schulsozialarbeit oder die Digitalisierung. Aber auch die Entscheidung zum European Chips Act hat die hochsubventionierte Ansiedlung von Intel erst ermöglicht. Gleichzeitig drohen Subventionseinschränkungen abermals die Solarindustrie im Osten abzuwürgen.

Ines Schwerdtner, Kandidatin für die Wahl zum Europaparlament ergänzt: „Die Ankündigung des Solar*unternehmens Meyer Burger, welches auch einen Standort in Thalheim hat, im benachbarten Bundesland Sachsen sein Werk in Freiburg zu schließen, muss ein Weckruf an Landes- und Bundesregierung sowie die EU-Kommission sein. Es braucht dringend eine Abkehr von einer Wirtschaftspolitik, die spart statt lenkt. Es braucht stattdessen eine Politik, die auf öffentliche Investitionen für eine soziale und ökologisch gerechte Wirtschaft setzt. Die Solarindustrie ist eine Schlüsselindustrie nicht nur für die Energieversorgung, sondern für eine CO_2-freie Industrie und damit die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Für Die Linke ist aber auch klar, wer Subventionen wie bei Intel nicht an soziale Bedingungen für gute Arbeit, Tariftreue, demokratische Mitbestimmung und Standortgarantien knüpft, vergibt nicht nur Chancen, sondern vor allem Perspektiven für die Menschen vor Ort.“*

Nicht zuletzt sind es die europäischen Agrarsubventionen, die Einfluss auf die Entwicklung des ländlichen Raums hat. Europa steht dabei am Scheideweg. Der Zerstörungswut der Rechten muss Einhalt geboten werden. Der neoliberalen Entwicklung setzt Die Linke eine stärkere europäische Integration und ein Europa, das konsequent Entscheidungen für die Menschen, die Arbeitenden und nicht für die Konzerne trifft. Soziale Gerechtigkeit muss auch auf der europäischen Ebene handlungsleitend sein.
Dafür braucht es eine starke Linke in den Kommunen vor Ort, im Land, im Bund und in Europa.

Ergebnisse der Haushaltsplanberatungen zum Haushalt 2024 der Stadt Dessau-Roßlau

Die Fraktion Die Linke hat mit den eingebrachten 27 Anträgen den Haushaltsplan der Stadt Dessau-Roßlau für das Jahr 2024 aktiv mitgestaltet. Wir hatten unsere Anträge in 3 Bereiche aufgeteilt: Wirtschaft - Soziales – Umwelt. Von den eingebrachten Anträgen wurden 16 Anträge in den Haushalt der Stadt aufgenommen, 6 Anträge als Prüfauftrag und in die Ausschüsse verwiesen und 5 Anträge abgelehnt.

Abgelehnt wurden die Anträge

• zur Angleichung der finanziellen Förderung der Ortschaften Kochstedt und Roßlau auf 7,50 € pro Einwohner
• die Budgetierung der Stadtbezirksbeiräte in Höhe von 5.000,-€,
• die Errichtung eines Grillplatzes im Schillerpark
• die Abgrenzung der Flächen im Schillerpark für Boccia und Wikingerschach und
• die Erweiterung der Duscheinrichtungen im Frauenhaus.

Folgende Anträge wurden in die Ausschüsse verwiesen oder als Prüfauftrag an die Verwaltung aufgenommen:

• die Umsetzung des Stadtteilentwicklungskonzeptes Roßlau
• die Schaffung einer Jugendvertretung in Dessau-Roßlau
• die Erarbeitung eines Sportentwicklungsplanes
• Absicherung des Schülerverkehrs unabhängig von der Entfernung Wohnung-Schule
• die Entscheidung über den neuen Standort des Soziokulturellem Frauenzentrum und
• die Erarbeitung eines Konzeptes zum Umgang mit Naturgewässern, dem Oberflächenwasser (Regen) und dem Grundwasser (Regenabfluss und Speicherung).

Im Bereich Wirtschaft wurden 3 Anträge in den Haushalt aufgenommen:

• eine Machbarkeitsstudie zum Erwerb des Objektes Güterbahnhof i.H.v. 70.000,-€
• die schrittweise Erweiterung des Tierparkes gemäß der Konzeption i.H.v. 20.000,- € für die Neugestaltung des Eingangsbereiches aufgenommen sowie
• die Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes der Stadt Dessau-Roßlau.

Im Bereich Soziales wurden 11 Anträge in den Haushalt aufgenommen:

• Errichtung einer Lärmschutzwand am Spielplatz Dessau-Roßlau i.H.v. 120.000,-€
• die finanzielle Förderung Floorball PSV 90 2. Bundesliga i.H.v. 5.000,-€ und 3.000,-€ für Volleyball 2. Bundesliga
• die Schaffung einer Hundeauslauffläche in Roßlau wird im Rahmen des Stadtentwicklungsplanes umgesetzt
• die Stellen der Schulsozialarbeiter werden i.H.v. 113.603 € weiter finanziert
• die Spielplatzkonzeption soll fortgeschrieben werden , dafür wurden finanzielle Mittel im Haushalt eingestellt
• ebenso sind finanzielle Mittel für das Vordach der Anhaltarena im Zusammenhang mit der Erneuerung des Daches eingeplant
• sowie die Anschaffung eines Kleinbusses für die Freiwillige Feuerwehr Alten i.H.v. 80.000,-€ aufgenommen
• der Hubertusgottesdienst i.H.v. 500,-€ vom Ortschaftrat Roßlau finanziert
• im Stadtpark wird eine weitere Brunnenfigur i.H.v. 40.000,-€ aufgenommen und
• die Sanierung der Sporthalle der Berufsschule realisiert.

Im Bereich Umwelt werden 2 Anträge umgesetzt: die Erarbeitung eines strategischen Wärmeplankonzeptes und die Fortsetzung der Unterhaltung von Straßen und Gehwegen in bisheriger Höhe von mindestens 5 Mill. €.

Wir haben nicht nur Anträge gestellt, sondern auch mögliche Finanzierungsquellen benannt. (siehe TYPISCH links, November/Dezember 2023, Seite 10)

Die aus den Ausschüssen Kultur, Jugendhilfe, Soziales sowie Ordnung und Sicherheit und den Ortschaften eingebrachten Anträge wurden am 29.11.23 in der Beratung Haupt- und Finanzausschuss in den Haushalt aufgenommen.

Trotz der angespannten Haushaltslage ist uns eine Mitgestaltung des Haushaltes 2024 der Stadt Dessau-Roßlau gelungen.

Heidemarie Ehlert

Arbeitsplan der Fraktion für das 1. Halbjahr 2024

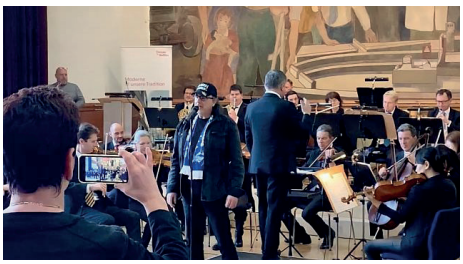
In der ersten Fraktionssitzung des Jahres ist es üblich den Arbeitsplan für das erste Halbjahr des Jahres 2024 aufzustellen. Grundlage dafür ist wie immer unser Kommunalwahlprogramm 2019 mit dem Motto „Dessau-Roßlau ist Anhalt, Deutschland und Europa. Geben wir unserer Stadt den Stolz zurück!

Der Entwurf des Arbeitsplanes wurde Anfang Dezember 2023 den Fraktions- und Vorstandsmitgliedern zur Einsicht zugesandt.
Die Fraktionssitzungen wollen wir regelmäßig alle 14 Tage montags um 17:30 Uhr in der Geschäftsstelle „Alte Mildenseer Straße“ durchführen.
Dabei orientieren wir uns an den vorgegebenen Terminen für die

Stadtratssitzungen.

Wir sind in der Fraktion bemüht unsere Sitzungen thematisch vorzubereiten und durchzuführen.
Die jeweiligen Fraktionsmitglieder in den entsprechenden Ausschüssen haben für die thematische Untersetzung und Bearbeitung folgende Arbeitsschwerpunkte vorgeschlagen, welche zeitspezifisch oder operativ einzuordnen sind:

• Die Konstituierung einer Jugendvertretung in der Stadt. Hier ist erster Baustein ein Erfahrungsaustausch mit Jugendbeiräten anderer Orte. Kontakte wurden bereits aufgenommen. Wir arbeiten an einem gemeinsamen Termin.
• Die Erarbeitung eines Sportentwicklungsplanes für die Stadt Dessau-Roßlau



• Das Einbringen einer Beschlussvorlage (BV) zur „Bodenpolitik und Verpachtung öffentlicher Nutzflächen der Stadt“ mit der Zielsetzung städtischen Grund und Boden nur noch zu vermieten oder zu verpachten. Im vorigen Jahr wurde diese BV im Stadtrat wegen unzureichender kommunikativer Vorbereitung von der Tagesordnung genommen. Wir sind uns aber sicher, dass es eine Mehrheit gibt.
• Die Unterstützung zur Sicherung des Städtischen Klinikums Dessau als Eigenbetrieb. Viele Kliniken in Deutschland werden im Moment privatisiert. Das wollen wir in Dessau-Roßlau verhindern.
• Eine Einladung von Beigeordneten und Amtsleitern (Herrn Horvath, Frau Hachmann, Frau Dr. Weiß) zu den Schwerpunkten Katastrophenschutz, Sozialplanung und Jugendvertretung. Für unsere Fraktion ist es immer wichtig direkten Kontakt und eine Kommunikation mit Entscheidungsträgern der Stadt zu haben.

• Die Weiterführung des Stadtentwicklungskonzeptes (STEK) Roßlau. Die Fraktion Die Linke hat dieses Projekt in den Stadtrat eingebracht und möchte dieses stetig begleiten.
• Die Übernahme des Objektes „Sporthalle Streetzer Weg“ in städtisches Eigentum mit dem Ziel dieses zum Vereinszentrum umzugestalten.
• Kontinuierliche Arbeit in den Ausschüssen an der Stadtteilentwicklung folgender Objekte: Regenbogenschule (Standort Bernburger Straße), Kristallpalast, Markt-/Steinstraße, Rodebillestraße
• Die Umsetzung des TRAINS-Projektes (Machbarkeitsstudie zum Erwerb des Geländes „Alter Güterbahnhof“). Ein wirtschaftlicher Schwerpunkt unserer Fraktion im Haushalt 2024.
• Nächster Schritt ist die Übergabe einer Aufgabenstellung zur Erarbeitung der Studie.
• Die Entwicklung des Gropiusgymnasiums im Zusammenhang mit der Einführung von Schuleinzugsgebieten mit dem Schwerpunkt der Erarbeitung und Abschluss eines Patenschaftsvertrages mit dem Anhaltischen Theater Dessau
• Die Begleitung der Vermarktung des Flugplatzgeländes zur Entwicklung des Gewerbes als Wertschöpfung zur Gewerbesteuerhöhungen der Stadt Dessau-Roßlau.

Die Wahlperiode 2019-2024 endet am 30.06.2024 mit der Kommunalwahl am 09. Juni 2024.

Stadtrat und Fraktionsmitarbeiter

Hans-Joachim Pätzold

Das Vermächtnis des Hamburger Arbeiterführers Etkar André ist unvergessen
- 130. Geburtstag - geboren am 17. Januar 1894, ermordet am 04. November 1936

Vielerorts finden in Deutschland und in anderen Ländern unseres Erdballs im Monat Januar 2024 Gedenkveranstaltungen zu Ehren von Etkar André, eines prominenten Arbeiterführers in Norddeutschland und unerschrockenen Kampfgefährten von Ernst Thälmann, statt.
Etkar André wurde als Sohn eines Kaufmanns am 17. Januar 1894 in Aachen geboren.
Seine Eltern, welche jüdischen Glaubens waren, verlor er aus gesundheitlichen Gründen bereits in jungen Jahren. Belgische Verwandte holten Etkar André und seine Brüder nach Lüttich, wo sie zeitweilig in einem Waisenhaus untergebracht wurden. Etkar Andre' erlernte den Beruf eines Schlossers.

1911 wurde er Mitglied der Sozialistischen Partei Belgiens und 1913 Sekretär der Sozialistischen Arbeiterjugend in Brüssel.
Nach dem Erleben des furchtbaren 1. Weltkrieges und französischer Kriegsgefangenschaft siedelte Etkar André 1920 nach Koblenz und später nach Hamburg über.

Dort arbeitete er als Schauermann und als Bauarbeiter. Als Mitglied des Bauarbeiter- und später des Deutschen Transportarbeiterverbandes kümmerte er sich um die Belange der Arbeitslosen.

1922 beendete er seine Mitgliedschaft in der SPD und trat im Januar 1923 der KPD bei.
Etkar André war Mitbegründer des Roten Frontkämpferbundes (1924).
Von 1926 bis 1930 arbeitete André u. a. als Mitglied der Bezirksleitung Wasserkante der KPD und von 1928 bis 1933 als Abgeordneter der Hamburger Bürgerschaft. Er gehörte zum engen politischen Arbeitskreis von Ernst Thälmann.
Am 5. März 1933 wurde Etkar André verhaftet und nach unendlicher Folterhaft am 10. Juli 1936 auf Ehrenverlust und zum Tode verurteilt.

In seiner Verteidigungsrede klagte Etkar André scharf das nationalsozialistische Regime mit den Worten an:

„Ihre Ehre ist nicht meine Ehre, denn uns trennen Weltanschauungen, uns trennen Klassen, uns trennt eine tiefe Kluft. Sollten Sie hier das Unmögliche möglich machen und einen unschuldigen Kämpfer zum Richtblock bringen, so bin ich bereit, diesen schweren Gang zu gehen. Ich will keine Gnade! Als Kämpfer habe ich gelebt und als Kämpfer werde ich sterben mit den letzten Worten: Es lebe der Kommunismus!"

Ungeachtet einer internationalen Protestbewegung wurde Etkar André am 04. November 1936 im Gefängnis von Hamburg-Fuhlsbüttel durch das faschistische Handbeil enthauptet.
Nach seiner Ermordung erhielt im spanischen Bürgerkrieg das erste Bataillon der XI. Internationalen Brigade den Namen „Edgar André. In der DDR trugen u. a. zahlreiche Arbeitskollektive, gesellschaftliche Organisationen, andere Einrichtungen und Straßen den Namen des Arbei-

terführers Etkar André.
Im Park des damaligen Klubhauses „Maxim Gorki“ in der Oechelhaeuserstraße 62, heute Seniorenresidenz „An den Kienfichten“, wurden 1967 zwei Gedenksteine gesetzt und später die Namen von Ernst Thälmann und Edgar André eingearbeitet. Den Grundorganisationen der FDJ und der GST des VEB Zementanlagenbau Dessau wurden die Ehrennamen „Edgar André 1967 bzw. Ernst Thälmann 1969 verliehen.

Mitglieder des Stadtverbandes der Partei DIE LINKE. in Dessau-Roßlau veranstalten nahezu jährlich Gedenkveranstaltungen an Ehrenhainen und Gedenktafeln deutscher Vorkämpfer der Arbeiterklasse und namhafter Antifaschisten.

Erhardt Berner
Vorsitzender der Basisorganisation Süd

Fotos von Karin und Klaus Hildebrand, die den Gedenkort mit besuchten.

Anmerkung zur Schreibweise des Namens von Etkar André: Im überwiegenden Maße erfolgte die Schreibweise seines Vornamens in der DDR fälschlicherweise mit „Edgar“. Weiterer Vorname: Josef (Etkar Josef André)

Das Foto von diesem Jahr zeigt immer noch den schlimmen Zustand der Gedenkstehle.

Im Karl Liebknecht Haus in Berlin gibt es eine identische Büste von der ein Abdruck gemacht werden kann um eine Kopie zu erstellen.

Genosse Ralf Schönemann steht in Kontakt mit dem Bundesvorstand um diesen Vorgang voran zu bringen.

Unser Ziel ist es den Geist von Rosa und Karl in unserer Stadt zurückzuholen.

Nachlese Gedenken an Rosa und Karl

Am Sonntag, den 14. Januar 2024 gedachten Genossen des Stadtverbandes Dessau-Roßlau, wie in jedem Jahr, der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 15. Januar 1919 in Berlin und legten an der Rosa-Luxemburg-Stele in der Mariannenstraße Blumen nieder.

Strahlende Kinderaugen sind der schönste Dank

Unsere 11. Kinderweihnachtsfeier für sozial benachteiligte Kinder war Dank der vielen Spenden von Spielzeug, Büchern und Plüschtieren von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Dessau-Roßlau, den Mitarbeitern des Finanzamtes Bitterfeld-Wolfen, Merseburg und des Finanzministeriums erneut ein Erfolg. Von den Geldspenden wurden Süßigkeiten gekauft, die am Einlass verteilt wurden.
Für die Durchführung der Feier haben uns die Stadtwerke den Saal zur Verfügung gestellt und das Auto, was die gesammelten Spielsachen zur DVV gebracht hat. Die Firma Heima Menue stellte das Geschirr und den Kaffee und Kakao für die Eltern und Kinder bereit und das Städtische Klinikum sowie das Edeka Center haben Stolle, Plätzchen, Obst und Süßigkeiten gespendet.
Umrahmt wurde diese Feier von den musikalischen Darbietungen von Künstlern des Theaters. Unsere Sozialdezernentin Frau Hachmann hat gemeinsam mit den Kindern Weihnachtslieder gesungen. Der Weihnachtsmann und Wichtel Clemens bestimmten mit den Losen die Reihenfolge der Bescherung.
Ich möchte mich im Namen der Kinder und den Veranstaltern, Fraktion und Stadtverband die LINKE, DGB Region Dessau und Verein „Wir mit Euch“, bei allen Spenderinnen und Spendern und auch bei den fleißigen Helferinnen und Helfern recht herzlich bedanken.

Nur gemeinsam, kann eine solche Feier organisiert und durchgeführt werden.

Heidemarie Ehlert
Stadträtin

Gesamtmitgliederversammlung und Aufstellungsveranstaltung zur Kommunalwahl 2024

am 24.02.2024 ab 10.00 Uhr im Festsaal Neu Sanssouci, Alte Mildenseer Str. 17, 06844 Dessau-Roßlau

Bitte plant einen Zeitraum von 10.00 bis ca. 18.00 Uhr ein.

Termine Januar/Februar 2024

Termine Stadtverband: Karlstraße 4

19.02.2024	**1**	**6.00 Uhr**	**BO-Beratung**
		17:30 Uhr	**Beratung Stadtvorstand**

Fraktionssitzungen: Geschäftsstelle, Waldersee

12.02.2024	**Geschäftsstelle, Waldersee**
26.02.2024	**Geschäftsstelle, Waldersee**

Vorschau Termine März 2024

Fraktionssitzungen: Geschäftsstelle, Waldersee

11.03.2024	**Geschäftsstelle, Waldersee**
25.03.2024	**Geschäftsstelle, Waldersee**

Stadtrat

13.03.2024 **DVV-Saal**

18.03.2024	**16.00 Uhr**	**BO-Beratung**
	17:30 Uhr	**Beratung Stadtvorstand**

Bunte Meile, Zerbster Straße (Marktplatz)

09.03.2024 11:00 – 14:00 Uhr

Im März 2024 jährt sich zum 79. Mal die Zerstörung unserer Stadt im 2. Weltkrieg.
Das Netzwerk GELEBTE DEMOKRATIE nimmt zusammen mit zahlreichen Partner:innen diesen Tag zum Anlass, um mit einem Gedenk- und Aktionsprogramm unter dem Motto DEMOKRATIE GEMEINSAM GESTALTEN ein deutliches Zeichen zu setzen.
Neben der Erinnerung wollen wir einen Impuls für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit geben.
Bitte helft mit, dass aus unserer Stadt im März 2023 eine klare Botschaft gesendet wird: Bunt bewegt Dessau-Roßlau!

Glückwünsche

Marcus Böhnke zum 40. Geburtstag
Monika Haschke zum 80. Geburtstag
Dr. Peters Pfalz zum 85. Geburtstag
Gabriele Nachtwei zum 80. Geburtstag

DIE LINKE.
Regionalgeschäftsstelle Anhalt
Stadtverband Dessau-Roßlau
Karlstraße 4
Telefon (015 77) 589 50 59
e-mail: info@dielinke-dessau-rosslau.de
Internet: www.dielinke-dessau-rosslau.de

Sprechzeiten
Dienstags 9.00 bis 14.00 Uhr
Freitags: 9.00 bis 12.00
Ansprechpartner Vorstand
Telefon (015 77) 589 50 59
Ansprechpartnerin für die Region Anhalt
Stine Rummel-Strebelow
nach Vereinbarung
(015 77) 589 50 59

Spendenkonto
IBAN: DE83800535720039005640
BIC: NOLADE21DES
Stadtsparkasse Dessau
Fraktion der Partei DIE LINKE. im
Stadtrat Dessau-Rosslau
Alte Mildenseer Straße 17
Tel/Fax: (03 40) 220 32 60
E-Mail: fraktiondl@datel-dessau.de

Herausgeber:
Stadtverband DIE LINKE. Dessau-Roßlau

Redaktion:
Karin Stöbe, Marie-Renate Bauer, Monika Andrich und Johannes Hüthel
ViSdP: F. Hoffmann

Post an dieRedaktion:
typisch@dielinke-dessau-rosslau.de

Für den Inhalt, die Rechtschreibung und die Grammatik der Artikel sind die Autoren verantwortlich.
Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht.
Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Preis: Spende

Sawsan Chebli

LAUT: Warum Hate Speech echte Gewalt ist und wie wir sie stoppen können

Fast täglich wird Sawsan Chebli mit Hasskommentaren und Online-Hetze überhäuft. Wenn sie sich auf Social Media äußert, in einem Interview oder mit einem Zeitungsbeitrag in die öffentliche Debatte einmischt; wenn sie sich, wie so oft, leidenschaftlich für eine diverse und inklusive Gesellschaft ausspricht, türmt sich die Flut an Hate Speech mitunter zu brutalen Shitstorms auf. Dass aus digitaler schnell körperliche Gewalt werden kann, erlebte sie ganz unmittelbar, als sie eines Tages mitten in Berlin von einem Unbekannten angegriffen wurde. Cheblis Erfahrungen stehen exemplarisch für ein besorgniserregendes, akut demokratiegefährdendes Klima neuer Cybergewalt, die sich in besonderer Härte gegen Frauen, Menschen in Armut, Andersgläubige, Politiker:innen und Migrant:innen richtet. Wie man Hass im Netz entgegenwirken kann, diskutierte Sawsan Chebli für dieses Buch unter anderem mit den Expert:innen Marina Weisband und Sascha Lobo, der EU-Abgeordneten Alexandra Geese, der Politikerin Renate Künast, dem Rechtsanwalt Chan-jo Jun und Mitarbeiter:innen des Facebook-Mutterkonzerns Meta.
In LAUT erzählt Chebli nicht nur von den sexistischen, rassistischen und islamfeindlichen Abgründen unserer Gesellschaft, in die sie während etlicher Shitstorms blicken musste, sondern auch von positiver Energie, Empathie und echter Unterstützung im digitalen Ungewitter. Ein erschütterndes, aber auch augenöffnendes Buch – und ein Appell an uns alle, laut und deutlich gegen Hass und für friedlichen, demokratischen Austausch einzustehen und entschieden Zivilcourage zu zeigen, im analogen wie im digitalen Leben.

Sawsan Chebli
26. Juli 1978 in Berlin (Deutschland) geboren

Die deutsche Politikerin der SPD stammt aus einer Familie mit palästinensischem Ursprung und erhielt erst im Alter von 15 Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft. Sie absolvierte 1999 ihr Abitur am Berliner Lessing-Gymnasium und begann anschließend am Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin ein Studium der Politikwissenschaften mit dem Schwerpunkt „Internationale Beziehungen“.

Bereits im Jahr 2001 schloss sich Chebli der SPD an und arbeitete noch während des Studiums als Hilfskraft im Bundestagsbüro von Gert Weisskirchen. Nach Abschluss Ihres Studiums arbeitete Chebli ab 2004 zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin von Brigitte Wimmer und anschließend bis 2009 für Johannes Jung. Ab 2010 agierte sie als Grundsatzreferentin für interkulturelle Angelegenheiten in der Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport. 2014 wurde Chebli von Frank-Walter Steinmeier als stellvertretende Sprecherin ins Auswärtige Amt berufen. Nach zwei Jahren wechselte Chebli aber wieder zurück in die Berliner Senatskanzlei.

Kommentare zum Buch

»Ich konnte von Sawsan Chebli in jedem Gespräch eine Menge lernen - mit diesem Buch könnt Ihr das jetzt auch!« Marie von den Benken, Influencerin und Kolumnistin

»Probleme kann man nur lösen, wenn man sie offen benennt. Das tut das Buch in erfreulicher Klarheit.« Ehrhart Körting, ehemaliger Innensenator, Berlin

»Sawsan Chebli hat eine mutige Anleitung zur Rettung des gesellschaftlichen Diskurses geschrieben.« Lorenz Maroldt, Chefredakteur Tagesspiegel

»Sawsan Chebli scheut keine Kontroverse. Sie geht dahin, wo es wehtut, und sagt, woran sie glaubt.« Marina Weisband, Digitalexpertin

Goldmann Verlag
Sprache: Deutsch
Broschiert: 240 Seiten
ISBN-13: 978-3442317066